



QUEERTicker

NEWSLETTER DER NRWSPDqueer AG AKZEPTANZ UND GLEICHSTELLUNG

1/2019



Zweiter Verbandstag der NRWSPDqueer fand in Köln statt.

Bild: NRWSPDqueer ©

Liebe Genossinnen und Genossen,

in den zurückliegenden Jahren konnten wir als Arbeitsgemeinschaft in der SPD für Akzeptanz und Gleichstellung (NRWSPDqueer) vieles in der Queer-Politik erreichen.

Angefangen beim Aktionsplan gegen Homo- und Transfeindlichkeit auf Landesebene bis zu den medial vielbeachteten Themen „Rehabilitierung der Verurteilten nach §175 StGB“ und der Öffnung der Ehe auf Bundesebene haben die SPDqueer und die SPD als Ganzes einen deutlichen Beitrag zur rechtlichen und gesellschaftlichen Anerkennung von queeren Lebensentwürfen beigetragen. Aber wir wissen auch, dass wir uns nicht auf den erreichten Lorbeeren ausruhen dürfen.

Gerade in Zeiten, in denen mit der AfD eine rechtspopulistische und strukturell homo-, bi- und trans*feindliche Partei im Deutschen Bundestag sitzt, gilt es zum einen das Erreichte zu verteidigen, aber auch einen weiteren Fortschritt in der Akzeptanz und Gleichstellung voranzutreiben.

Daher fand am 06. April 2019 der zweite Verbandstag der NRWSPDqueer in Köln statt. Diesen Tag konnten wir nutzen, uns als NRWSPDqueer auf die Europawahl vorzubereiten. Hier konnten wir auch gemeinsam ein Flyer für die Regionalen SPDqueer Arbeitsgemeinschaften in NRW erstellen.

Zum anderen konnten wir im zweiten Teil des Verbandstages unsere Themenfelder weiter sortieren und für die kommenden Monate Schwerpunktthemen finden.

Dem bewährten sozialdemokratischen Motto „Immer nah bei den Menschen“ folgend, war es uns nicht nur mit Hinblick auf die Wahlen 2020 die kommunalpolitische Ebene besonders im Auge zu halten.

Daher haben wir die fünf Themenfelder die wir beim ersten Verbandstag mit unseren Mitglieder*innen ausgearbeitet hatten, für die landespolitische sowie für die kommunale Ebene, noch mal intensiver herausgearbeitet, wie sozialdemokratische Politik konkret aussehen kann.

Natürlich werden wir uns bei unserer Arbeit nicht auf diese fünf Themen beschränken.

Wir werden auch weiterhin, aktuelle Themen aufgreifen und Maßnahmen und Lösungen für queerpolitische Fragestellungen aufzeigen.

Die Ergebnisse unsers Verbandstages werden wir natürlich in inem Dokument zusammenfassen.

Euer

Landesvorstand der NRWSPDqueer



QUEERTicker

NEWSLETTER DER NRWSPDqueer AG AKZEPTANZ UND GLEICHSTELLUNG

1/2019



Homo- und Bisexualität sind keine Krankheiten – Landesregierung soll Verbotsantrag von Konversions-therapien unterstützen!

Fabian Spies

Bild: NRWSPDqueer ©

Am Freitag, den 05. April 2019 brachten die Bundesländer Berlin, Bremen, Hessen, Saarland sowie Schleswig-Holstein eine Gesetzesinitiative in den Deutschen Bundesrat ein, deren Ziel es ist, sog.

Konversions-therapien zu verbieten. Hierbei handelt es sich um Maßnahmen, mit denen homo- und bisexuelle Menschen von einer angeblich gestörten sexuellen Orientierung geheilt werden sollen. Dabei führen diese bei Betroffenen oft zu schwerwiegenden psychischen Belastungen wie Depressionen, Angsterkrankungen oder ein erhöhtes Suizidrisiko.

Darüber hinaus schürt die Pathologisierung von Homo- und Bisexuellen Vorurteile, Diskriminierung und Abwertung.

Hierzu erklärt der Landesvorsitzende der NRWSPDqueer, Fabian Spies:

Homo- und Bisexualität sind keine Krankheiten. Sie stellen auch keinen behandlungsbedürftigen Zustand dar.

Ganz im Gegenteil: sie sind gleichwertige Varianten von sexuellen Orientierungen, wie die Weltgesundheitsorganisation WHO und der Deutsche Ärztetag betonen. Dennoch werden außerhalb unseres Gesundheitssystems sog. Konversionstherapien angeboten, die behaupteten, Homo- bzw. Bisexualität in asexuelles oder heterosexuelles Verhalten umwandeln zu können und den Eindruck vermitteln, dass Homo- bzw. Bisexualität Erkrankungen seien. Als NRWSPDqueer lehnen wir jedwede Art dieser „Homoheilung“ strikt ab.

„Behandlungen“ der sexuellen Orientierung und der geschlechtlichen Identität verletzen nicht nur das verfassungsrechtlich geschützte allgemeine Persönlichkeitsrecht. Sie können zur Ablehnung der eigenen sexuellen Identität führt und schwerwiegende psychische Belastungen wie Depressionen Angsterkrankungen zu einem erhöhtes Suizidrisiko nach sich ziehen. Des weiteren stellt die Pathologisierung von Homo- und Bisexualität eine Form der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit dar, die ein gesellschaftliches Klima befördert, das die Diskriminierung, Abwertung und Stigmatisierung homo- und bisexueller Personen verstärkt. Auch in ihrem aktuellem Programm zu Europawahl fordert die SPD daher ein Verbot solcher Konversions-therapien.

Wir begrüßen daher die Bundesratsinitiative zum Verbot solcher schädlichen pseudo-medizinischen Handlungen. Des weiteren fordern wir die Regierung Laschet / Stamp auf, die parteiübergreifende Gesetzesinitiative im Bundesrat zu unterstützen! Herr Laschet, zeigen, sie dass NRW ein weltoffenes und menschliches Bundesland ist!

<http://nrwspdqueer.de/2019/04/homo-und-bisexualitaet-sind-keine-krankheiten-landesregierung-soll-verbotsantrag-von-konversionstherapien-unterstuetzen/>



Die Landesregierung muss ihren Ankündigungen auch Taten folgen lassen!

Die NRWSPDqueer fordert die Landesregierung anlässlich des „International Transgender Day of Visibility“ auf, ihren Ankündigungen auch Taten folgen zu lassen.

Die heutige Sichtbarkeit von Transsexuellen, Transgendern, Intersexuellen und non-binären Menschen wurde in den vergangenen Jahren von ihnen selbst auch gegen politische und gesellschaftliche Widerstände hart erkämpft. Dank des Bundesverfassungsgerichtsurteils zur „Dritten Option“ gibt es inzwischen im Personenstandsrecht Neuerungen, die eine gesellschaftliche Debatte angestoßen hat.

Die NRWSPDqueer betrachtet die zunehmend negative Stimmung, die gegen geschlechtliche Vielfalt gemacht wird, mit großer Sorge. Bedenklich ist, dass unter anderem CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer und Junge Union-Chef Tilman Kuban auf diesen Zug aufspringen und den Populisten zusätzlich Bestätigung geben. Schützenhilfe erhalten sie auch von NRW-Politiker*innenn, wie etwa von Serap Güler, Staatssekretärin für Integration im Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration sowie Beirat der Lesben und Schwulen in der Union (LSU) NRW. Aus diesem Grund fordert die NRWSPDqueer die Landesregierung auf, ihre Ankündigungen in die Tat umzusetzen und den Aktionsplan „Gewalt gegen Jungen, Männer und LSBTTI“ endlich aufzusetzen.

Die Landesregierung konnte auch gegenüber dem Landtag NRW nicht mehr berichten, als das sich im Ministerium Scharrenbach ein bisschen intern sortiert wurde und überlegt werde, wie man dies umsetzen könne.



Bild: Hannah Trulsen ©

Hannah Trulsen, stellvertretende Landesvorsitzende der NRWSPDqueer, kommentiert die Pläne der Landesregierung: „Die thematische Zusammensetzung dieses angekündigten Aktionsplans ist gelinde gesagt schwierig. Der Aktionsplan ‚Gewalt gegen Mädchen und Frauen‘ soll fortgeführt werden, aber wie erklärt die Landesregierung, dass Gewalt gegen lesbische Frauen oder auch Transfrauen nun im Aktionsplan nicht in diesem sondern in einem anderen Plan mit Jungen und Männern gedacht wird.“

Fachlich sehe ich diese Zusammensetzung zusammengewürfelt und die Landesregierung muss beweisen, warum gerade diese thematischen Felder einen Sinn ergeben.“

Darüber hinaus erinnert die NRWSPDqueer Minister Stamp an seine Ankündigung, dass sich NRW für eine Neufassung des Transsexuellengesetzes einsetzen werde. Seither ist fast ein Jahr vergangen und wir erinnern Minister Stamp gerne an seine eigenen Worte: „Ein für alle offenes, gerechtes, selbstbestimmtes Personenstandsrecht ohne Attestpflicht ist längst überfällig.“

Sarah Ungar vom NRWSPDqueer Landesvorstand ergänzt: „Mit rechtlichen Neuregelungen, die ohnehin längst überfällig sind, ist es nicht getan. Die Landesregierung muss in gesellschaftliche Aufklärung investieren, um damit das Fundament für die Akzeptanz geschlechtlicher Vielfalt in der Bevölkerung zu legen.“



Bild: SPDqueer ©

<http://nrwspdqueer.de/2019/03/die-landesregierung-muss-ihren-ankuendigungen-auch-taten-folgen-lassen/>



QUEERTicker

NEWSLETTER DER NRWSPDqueer AG AKZEPTANZ UND GLEICHSTELLUNG

1/2019



Bild: NRWSPDqueer ©

Dieses Zeichen ist gezielt durch Hakenkreuz-Schmierereien verunstaltet worden. Die feigen Täter*innen wollten hier ein gezieltes Zeichen gegen unsere offene vielfältige Gesellschaft setzen. Denn wer auch immer die Anti-Terror-Sperren mit rechter Symbolik versehen hat, lehnt die Werte ab, die NRW und Düsseldorf lebenswert machen: Vielfalt, Weltoffenheit und solidarische Gesellschaft.

Wir bedanken uns bei allen Künstler*innen, die schnell und entschlossen, diese Werte verteidigt haben. Als Sozialdemokrat*innen verurteilen wir die feigen Schmierereien aufs Schärfste. Rechtsextreme und Rechtspopulisten haben in uns seit über 150 Jahren und auch in Zukunft einen ihrer entschiedensten Gegner!

Auf Initiative des Jugendrates der Stadt Düsseldorf, haben Besucher*innen des queeren Jugendzentrums PULS einen Betonklotz, der als Anti-Terror-Sperren am Rande der Altstadt aufgestellt wurde, mit der Regenbogen- und der Trans*-Flagge bemalt.

Nur wenige Tage später wurde dieses deutliche Zeichen für Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen sowie trans*, inter* und anderen queeren Menschen (LSBTIQ*) mit Hakenkreuzen verunstaltet.

Zwar konnten die verfassungsfeindlichen, rechten Symbole schnell und unbürokratisch durch Künstler*innen beseitigt werden, die gerade in der Gegend legal andere Poller bemalen, jedoch zeigt der Vorfall, dass rechte Kräfte nachwievor gegen unsere vielfältige Gesellschaft und gegen LSBTIQ* hetzen und agieren.

Hier zu kommentiert Fabian Spies, Landesvorsitzender der NRWSPDqueer:

NRW ist ein offenes, modernes Bundesland, dessen Bürger*innen zurecht stolz auf ihre täglich gelebte Vielfalt sind. Auch Lesben, Schwule, Bisexuelle sowie trans* oder inter* Menschen (LSBTIQ*) sind Teil dieser Vielfalt. Dies gilt auch für die Landeshauptstadt Düsseldorf.

Hier haben jugendliche Besucher des PULS durch ihre Aktion ein für alle sichtbares Zeichen für die Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen sowie trans*, inter* und anderen queeren Menschen geschaffen.

<http://nrwspdqueer.de/2019/04/rechtsextreme-und-rechtspopulisten-haben-in-uns-einen-ihrer-entschiedensten-gegner/>



QUEERTicker

NEWSLETTER DER NRWSPDqueer AG AKZEPTANZ UND GLEICHSTELLUNG

1/2019



Ich bin, wie ich bin! - NRWSPDqueer stellt das Recht auf sexuelle und geschlechtliche Identität in den Vordergrund

Sascha Roncevic

Bild: NRWSPDqueer ©

„Ich bin, wie ich bin!“ - so lautet das Motto der NRWSPDqueer für in kürze startende CSD-Saison 2019. Damit wollen die queeren Sozialdemokraten ein Zeichen für ein selbstbestimmtes Leben von Lesben, Schwulen, Bisexuellen sowie trans*, inter* und queeren Menschen (LSBTIQ*) setzen.

Ergänzt wird der Claim durch den Untertitel „50 Jahre Stolzer Kampf für Akzeptanz und Gleichstellung!“, der an die Stonewall-Unruhen vor einem halben Jahrhundert erinnert, die historisch den Beginn der emanzipatorischen LSBTIQ*-Bewegung darstellen.

Hierzu erläutert Sascha Roncevic, stell. Landesvorsitzender der NRWSPDqueer und Kampagnenleiter: Ich bin, wie ich bin! - besser und prägnanter kann man das Recht auf die Entfaltung der eigenen individuellen Persönlichkeit wohl kaum ausdrücken.

Gerade in Zeiten, in denen Rechtspopulist*innen und Konservative wieder verstärkt gegen LSBTIQ* hetzen und agieren, scheint es um so wichtiger, dies noch mal zu betonen.

Ich bin, wie ich bin!, ist auch das Bekenntnis für ein selbstbestimmtes Leben von LSBTIQ*. Jede*r hat das Recht ihre*seine geschlechtliche oder sexuelle Identität frei zu leben. Dafür braucht es nicht nur den gesetzlichen Rahmen der rechtlichen Gleichstellung, sondern auch eine aktive Politik, die Akzeptanz in der Mehrheitsgesellschaft fördert.

Beides ist für uns Sozialdemokrat*innen Teil unserer Werteordnung und Politik.

Auch auf sog. Konversions-therapien, deren Ziel es ist, die sexuelle oder geschlechtliche Identität von Menschen zu „heilen“, nimmt das Motto Bezug. Weder Homo-, Bi- noch Transsexualität sind Krankheiten. Entsprechende „Heilungen“ und Therapien führen bei Betroffenen oft zu schwerwiegenden psychischen Belastungen wie Depressionen, Angsterkrankungen oder ein erhöhtes Suizidrisiko. Daher fordern wir deren Verbot. Darüber hinaus schürt diese Pathologisierung von LSBTIQ* Vorteile, Diskriminierung und Abwertung.

So leben zu können, wie man ist - das ist seit 50 Jahren auch ein Leitgedanken der weltweiten LSBTIQ*-Bewegung. Daher wollen wir als NRWSPDqueer auch an die Stonewall-Aufstände in der New Yorker Christopher Street erinnern. Sie ermahnen uns nicht nur, sondern sind zugleich Verpflichtung für die Zukunft.



Ich bin, wie ich bin!
 50 JAHRE STOLZER KAMPF FÜR AKZEPTANZ UND GLEICHSTELLUNG!
 www.NRWSPDqueer.de



Wir für Gleichstellung und Akzeptanz in Europa:

- ▶ Europa muss die Gleichstellung von LSBTIQ* sowie deren Schutz vor Diskriminierung garantieren! - Daher setzen wir die 5. Anti-Diskriminierungsrichtlinie um.
- ▶ Homo-, Bi- und Transsexualität sind keine Krankheiten! - Daher wollen wir Umerziehungstherapien und Konversionstherapien europaweit verbieten.
- ▶ LSBTIQ* sollen frei und selbstbestimmt leben! - Daher setzen wir uns dafür ein, dass das Recht auf das eigene Geschlecht europaweit anerkannt wird.
- ▶ Einzelne Mitgliedstaaten fördern durch nationale Gesetzgebung Diskriminierung und Hass gegen LSBTIQ*! - Daher setzen wir durch eine EU-Gesetzgebungsagenda ein Gegengewicht, um gleiche Rechte zu garantieren.
- ▶ Auch in Europa gibt es noch Vorurteile, Hass und Hetze gegen LSBTIQ*! - Daher fördern wir durch Aufklärung und Sensibilisierung die Akzeptanz von LSBTIQ*.
- ▶ Menschen, die aufgrund ihrer sexuellen oder geschlechtlichen Identität verfolgt werden, bedürfen unserer Solidarität! - Daher müssen verfolgte LSBTIQ* in ganz Europa Schutz und Asyl genießen.

V.i.S.d.P.: NRWSPDqueer, Sascha Rönnefeld, Kavalleriestr. 16, 40213 Düsseldorf
 info@nrwspd.de | Foto: pixabay.com | Idee & Gestaltung: Sascha Rönnefeld

Deswegen am 26.05. SPD wählen!

#NRWSPDqueer | www.nrwspdqueer.de

